

Sozialorganisationen fürchten weitere Kürzungen

Soziale Unternehmen und Behindertenvertretungen fürchten weitere Kürzungen für die berufliche Integration. Im Budget des Arbeitsmarktservice (AMS) seien für aktive Arbeitsmarktpolitik 2017 insgesamt 1,545 Mrd. Euro zur Verfügung gestanden, heuer seien es um rund 140 Mio. Euro weniger, kritisierten die Organisationen am Dienstag.

11.40 Uhr, 05. Juni 2018

Das AMS soll bis Ende Juni Maßnahmen für eine Effizienzsteigerung der verbleibenden Mittel ausarbeiten. Dazu halten "arbeit plus" - Soziale Unternehmen Österreich, der Dachverband berufliche Integration Austria (dabei-austria), der Österreichische Behindertenrat und die Sozialwirtschaft Österreich fest: "Arbeitsmarktpolitik muss effizient und effektiv gleichzeitig sein." Gefordert wird vor allem Klarheit für die Ziele und Mittel für 2019.

Sozialwirtschaft-Geschäftsführer Walter Marschitz gibt etwa zu bedenken, dass heutige Versäumnisse die Sozialsysteme noch in Jahrzehnten beschäftigen werden. So forderte er etwa den Erhalt der überbetrieblichen Lehrausbildung, sei diese doch eine Chance für jene, die sich schwertun eine Lehre abzuschließen. Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik können gerade in Zeiten der Hochkonjunktur eine höhere Wirkung erzielen, betonte Marschitz weiters.

Bei den Sozialen Unternehmen stehen für 2019 in einigen Bundesländern Kürzungen von bis zu 20 Prozent im Raum, - der "völlig falsche Weg", kritisierte Manuela Vollmann, Vorstandsvorsitzende von "arbeit plus". Sie zeigte sich auch verärgert über die Streichung von 80 Mio. Euro, die 2018 für die Jobintegration geflüchteter Menschen vorgesehen waren und hob etwa den Kompetenzencheck hervor.

Ähnlich klingt es bei Markus Neuherz, Geschäftsführer von dabei-austria, denn die Kürzung bei der Eingliederungshilfe des AMS in einigen Bundesländern habe bereits dazu geführt, dass fixe Jobzusagen für Menschen mit Behinderungen zurückgenommen wurden. Er forderte daher, dass diese finanziellen Anreize für Unternehmen, benachteiligte Menschen anzustellen, im bisherigen Ausmaß bestehen bleiben.

Seit Jahresbeginn sind Menschen mit Behinderungen "besondere Zielgruppe" im AMS. Um diese "erfreuliche Entwicklung mit Leben zu erfüllen", sollen die entsprechenden Gelder zweckgebunden bereitgestellt werden, forderte Eva Leutner, Vizepräsidentin des Österreichischen Behindertenrats.